

BETEILIGUNGSMÖGLICHKEITEN BEIM UMBAU DER STROMNETZE – EINFÜHRUNG IN DAS SCHWERPUNKTTHEMA

Das deutsche Energiesystem befindet sich gegenwärtig mitten in einem Umbruchprozess historischen Ausmaßes. Bisher bildeten fossile Energieträger (Braun- und Steinkohle, Erdgas sowie zu einem geringeren Anteil auch Erdöl) und Kernenergie das Rückgrat der Stromerzeugung. Diese sollen in den kommenden Jahren sukzessive durch erneuerbare Energien (EE), vor allem Wind- und Sonnenenergie, ersetzt werden. Deren Stromerzeugung ist jedoch je nach Tages- bzw. Jahreszeit sowie Wetterbedingungen starken Schwankungen unterworfen. Hinzu kommt, dass die Erzeugung ausgeprägte regionale Schwerpunkte aufweist und der weitere Zubau von EE-Kapazitäten häufig weit von den Lastschwerpunkten im Westen und Süden Deutschlands entfernt erfolgen wird. Eine weitere wesentliche Entwicklung, die das Gesicht der Stromversorgung heute und in Zukunft immer stärker prägt, ist die fortschreitende Integration des europäischen Binnenmarkts auch im Strombereich. Dies bedeutet, dass auf nationaler Ebene getroffene Maßnahmen direkte Auswirkungen auf die Nachbarländer bzw. das europäische Stromsystem insgesamt haben können.

Das enge Zusammenspiel der Teilsysteme Stromerzeugung, Verbrauch und Netze bedeutet, dass diese nicht isoliert voneinander betrachtet werden können. Die Frage: »Welches Stromnetz brauchen wir?«, kann nicht getrennt werden von den Fragen, welche Erzeugungsstruktur auf der Basis welcher Energieträger präferiert wird, wie die zukünftige Rolle der Verbraucher gesehen wird und wie der Ausgleich von Erzeugung und Verbrauch organisiert werden soll.

GESTALTUNG DES ZUKÜNFTIGEN STROMSYSTEMS

Für die Entwicklung der Stromnetze existiert ein beträchtlicher Gestaltungsspielraum. Für die Ausgestaltung sollten gesellschaftlich zu definierende Präferenzen die Leitlinien vorgeben. Beispiele hierfür sind Fragen wie: Ist die Umsetzung der ökonomisch effizientesten Lösung vorzuziehen, oder wird Wert auf eine Vielfalt der Lösungsansätze und Akteure gelegt? Wird der Schwerpunkt auf Eigenständigkeit gelegt (z. B. Autarkie, Verringerung der Importabhängigkeit) oder auf Kooperation und Nutzung von Synergieeffekten?

Eine wesentliche Gestaltungsoption, die auch in der öffentlich geführten

Debatte eine bedeutende Rolle spielt, ist die Frage, auf welcher geografischen Einheit das Netz organisiert wird, bzw. konkret der Gegensatz »zentral–dezentral«. Das Spektrum der Ansätze reicht dabei von der ausschließlichen Nutzung lokal verfügbarer Ressourcen bis hin zu einem transeuropäischen Verbund mit Nutzung der ergiebigsten Standorte für EE (z. B. norwegische Wasserkraft und Solarstrom aus Südeuropa oder gar der Sahara).

Aber nicht nur auf dieser konzeptionellen Ebene sind gesellschaftliche und politische Gestaltungsoptionen vorhanden. Auch bei der Frage, welche Technologien konkret eingesetzt werden sollen, bestehen Wahlmöglichkeiten von hoher gesellschaftlicher Relevanz, nicht zuletzt deshalb, weil der Bau von Netzinfrastruktur in der Regel mit Eingriffen in das Lebensumfeld von Menschen und/oder in die Umwelt verbunden ist.

ÖFFENTLICHE BETEILIGUNG UND AKZEPTANZ

Auch ein von einer breiten Mehrheit getragener gesellschaftlicher Konsens über die Ziele der Energiewende und die daraus abgeleitete Notwendigkeit des Aus- und Neubaus von Stromleitungen sind keine Garantie dafür, dass

konkrete Vorhaben zum Netzausbau vor Ort akzeptiert werden.

Im Zuge der bereits durchgeführten Planungsschritte (Szenariorahmen, Netzentwicklungsplan, Bundesbedarfsplan) hat eine intensive Beteiligung der Öffentlichkeit stattgefunden. Das ist eine erhebliche Verbesserung gegenüber dem früheren Verfahren, bei der die Öffentlichkeit wesentlich später informiert bzw. eingebunden wurde. Der frühe öffentliche Diskurs kann helfen, die Notwendigkeit der Leitungsbaumaßnahmen zu begründen.

Eines der erklärten Ziele einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit ist, dass auf dieser Grundlage in den folgenden Planungsschritten das Verfahren beschleunigt werden kann. Ob dieses Ziel allerdings tatsächlich erreicht werden kann, muss die Praxis erst zeigen. Andererseits würde eine herkömmliche Planung, die auf eine frühe Einbeziehung der Öffentlichkeit verzichtet, dagegen absehbar zu größeren Problemen bei der Umsetzung führen. Die Erfolgsaussichten für gut gestaltete und durchgeführte Beteiligungsverfahren sind vielversprechend. Im Kern geht es dabei um den Aufbau von gegenseitigem Vertrauen.

SCHWERPUNKTBEITRÄGE

Aus dem im Abschluss befindlichen TAB-Projekt »Moderne Stromnetze als Schlüsselement einer nachhaltigen Energieversorgung« berichtet Dr. Reinhard Grünwald über die teils völlig neuen Herausforderungen, die die Energiewende an die Stromnetze stellt. Der Aus- und Umbaubedarf der Übertragungs- und Verteilnetze wird umrissen und gleichzeitig werden die Schwierigkeiten dargestellt, diesen Bedarf auch für Laien schlüssig und nachvollziehbar zu begründen.

Zur Bewältigung der Herausforderungen für die Netze werden innovati-

ve Technologien und Betriebsweisen sowie zunehmend dezentrale Versorgungskonzepte diskutiert, da der konventionelle Netzausbau nicht zuletzt bei der Frage der öffentlichen Akzeptanz mehr und mehr an seine Grenzen stößt. Viele Bürger nehmen Erdkabel als eine eher akzeptable Alternative wahr. Daher werden in dem Beitrag die Umweltauswirkungen von Freileitungen und Erdkabeln im Vergleich skizziert.

Der Beitrag »Optionen für Abgeordnete zur Gestaltung des Interessenausgleichs beim Stromnetzausbau« stellt Bundestagsabgeordnete betroffener Wahlkreise ins Zentrum. Bei Netzausbauvorhaben erfüllen Abgeordnete mehrere erfolgskritische Funktionen, zum einen als zentrale Ansprechpartner, zum anderen als Vermittler zwischen bundespolitischen Zielen und Entscheidungen (Klimaschutz, Energiewende, Netzausbau) und den lokalen Ansprüchen der Betroffenen. Gleichzeitig sind Abgeordnete, deren Arbeitsschwerpunkte nicht in den Bereichen Energie- oder Umweltpolitik

liegen, selbst auch nur Laien, was viele der komplexen Fragestellungen rund um Energiewende und Netzausbau anbelangt. Daher hat das TAB ein Praxishandbuch für Abgeordnete herausgegeben, das Handlungsmöglichkeiten für erfolgreiche Kommunikation und Bürgerbeteiligung beleuchtet. Der gemeinsame Beitrag von Dr. Peter Ahmels, Judith Grünert, Dr. Reinhard Grünwald und Dr. Christoph Revermann stellt Ausschnitte daraus vor.

Christine Henseling, Michaela Evers-Wölk, Carolin Kahlisch, Britta Oertel und Prof. Dr. Michael Opielka berichten über die im Rahmen des neuen TAB-Schwerpunkts »Diskursanalyse und Dialog mit gesellschaftlichen Akteuren« durchgeführten Aktivitäten zum Aufbau eines »Stakeholder Panels TA« und einer ersten Onlinebefragung zum Thema »Ausbau der Stromnetze im Rahmen der Energiewende«. Das Stakeholder Panel TA soll Dialogprozesse zum zukünftigen Bedarf wissenschaftlich-technischer Entwicklungen anregen sowie die Sichtweisen unter-

schiedlicher gesellschaftlicher Gruppen in die Arbeit des TAB einbringen. Die hier präsentierten Ergebnisse der Onlinebefragung stellen generelle Einstellungen der Stakeholder zum Ausbau der Stromnetze im Kontext der Energiewende sowie die Bewertung ausgewählter Maßnahmen ins Zentrum.

Der Gastbeitrag von Dr. Pia-Johanna Schweizer, ZIRIUS Universität Stuttgart, befasst sich mit einer Analyse der Grundlagen der Partizipation von Bürgern aus sozialwissenschaftlicher und philosophischer Perspektive. Diese zur Beratungspraxis des TAB komplementäre grundlagenorientierte Sichtweise liefert erhellende Einblicke beispielsweise in den Zusammenhang zwischen den Zielsetzungen, die mit Partizipationsverfahren angestrebt werden, und den philosophischen Konzepten, vor deren Hintergrund – explizit oder implizit – die Verfahren durchgeführt werden.

*Reinhard Grünwald
Christoph Revermann*